
Ideologische Bausteine der Alternative für Deutschland: Konservatismus, Marktliberalismus und Populismus

2

Es wirkt, als hätte die AfD den zweiten Schritt vor dem ersten vollzogen. Obwohl es der Partei in weiten Teilen an einem ausgearbeiteten politischen Programm fehlt, befindet sie sich seit ihrer Gründung ununterbrochen im Wahlkampf. Aus strategischer Sicht war der Zeitpunkt der Parteigründung aber klug gewählt: Schließlich beschwören Wahlkämpfe den politischen Zusammenhalt und bieten innerparteilichen Richtungsstreits nur wenig Raum.

All dies heißt nun nicht, dass man die ideologischen Leitplanken der Partei nicht beschreiben könnte. Denn es ist schon auffällig, dass unterschiedliche weltanschauliche Lager in der AfD regelmäßig heftig streiten (Leber 4.3.2014). Dabei teilt sich die Partei offensichtlich in zwei Flügel. Einem *liberalen* Parteiflügel (Leber 3.4.2014) steht ein *konservativer* Teil der Partei gegenüber. Wie in der Einleitung dieser Studie gezeigt wurde, weist die AfD überdies *rechtspopulistische* Positionen und Personen auf. Die folgenden Ausführungen zeigen, dass all diese unterschiedlichen Stoßrichtungen nicht im Widerspruch miteinander stehen.

2.1 Konservatismus und Reaktion: „Ideologiefreiheit“, die Familie als Keimzelle der Gesellschaft und die Sehnsucht nach Souveränität

Eine Partei, die sich nicht positiv auf die Mitte der Gesellschaft bezieht, wird keine Wahlerfolge feiern dürfen. Die Rede von der Mitte appelliert stets an das „richtige Maß“, an das, was als gut oder zumindest nicht unangenehm auffällig gilt (Münkler 2012), auch deswegen verortet sich ein Großteil der deutschen Bevölkerung

mittig. So erklären sich auch die Worte Bernd Luckes auf dem Gründungsparteitag der AfD: „[W]ir erleben hier die Geburtsstunde einer neuen Partei [...]. Einer Partei, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt.“ (Lucke 2013). Hierzu passt zudem, dass Bernd Lucke die AfD in seinen Reden und Interviews zahn als Repräsentantin „unideologischer Werte“ (Kanuß 12.3.2013) darstellt. So tritt er dafür ein „dass die AfD eine von engstirniger Ideologie freie, politisch breite Volkspartei des gesunden Menschenverstandes sein wird.“ (Lucke 2014).¹

Ein Blick in die Ideengeschichte setzt den Konservatismus als politische Strömung, die einen ähnlich nonchalanten Pragmatismus vertrat, ins Bild (Schildt 2013, S. 192). Konservative verfolgen „eher eine Lebenshaltung als eine Doktrin“. (Großheim und Hennecke 2013, S. 12). Deswegen formulieren sie keine begründenden Theorien oder Ideologien, sondern vertrauen auf Instinkt und Gefühl, kurz: „das konservative Bewusstsein [bewegt sich] nicht auf der Ebene der Ideen“. (Mannheim 1952, S. 200). In Verbindung mit einem skeptischen Menschenbild scheint dies gar besonders realitätsnah – ein Fehler, denn gerade die Aversion gegenüber Weltanschauungen bringt *den* blinden Fleck konservativen Denkens hervor: Der Konservatismus trägt stets „nur die eigene Ideologie vor[...], ohne zu einem Verständnis seiner selbst vorzudringen.“ (Greiffenhagen 1971, S. 22).

Vor diesem Hintergrund lohnt es besonders, konservative Ideen in der AfD zu beleuchten. Eine typische Stütze konservativen Denkens ist der Bezug auf die *Souveränität*. Im Europaprogramm der AfD nimmt diese eine herausgehobene Stellung ein. „Die AfD wird die deutschen Wähler aufrütteln angesichts des drohenden Verlusts unserer Souveränität an ein unausgeglichenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa. Einen europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika lehnt die AfD ab, da es keine europäische Nation und kein europäisches Staatsvolk gibt.“ (S. 2). Das Souveränitätsverständnis der AfD stützt sich hier auf das *Volk*, ein Begriff, der in Verbindung mit dem Staat eine wesentliche Rolle im konservativen Denken spielt (Großheim 2013, S. 132). Schließlich erblickt der Konservatismus im Volk den substanziellen Hüter von Werten: „Volk ist deshalb dem Konservativen nicht Zielgemeinschaft sondern Herkunftsgemeinschaft.“ (Greiffenhagen 1971, S. 285).

Souveränität, so legen es die Ausführungen nahe, gibt es für die AfD somit in einem Nationalstaat, der wiederum auf der nationalen Zugehörigkeit basiert. Der Souverän besteht dabei in Form einer wesensmäßig homogenen, geschlossenen Volksgruppe. Ein Verständnis nationalstaatlicher Identität, die sich infolge gemeinsamen praktischen Handelns, als Prozess eines Austauschs zwischen den

¹ Auch die Jugendorganisation der AfD, Junge Alternative (JA), wirbt mit dem Scheingegensatz „Verstand statt Ideologie“.

Gesellschaftsmitgliedern, einstellt (Habermas 1992, S. 3), liegt der AfD fern. Es ist deshalb auch nur wenig überraschend, dass sie sich laut aktueller Beschlusslage, anders als die Unionsparteien, gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ausspricht.²

Der Bezug der AfD auf ein homogenes Volk, das seinerseits Grundlage von Identität, Staatszugehörigkeit und Souveränität ist, kann als „ethnizistisch“³ (Großheim 2013, S. 133) eingestuft werden und verweist auf die Gedankenwelt der „konservativen Revolution“ (ebd.; Greiffenhagen 1971, S. 278 ff.). Es verwundert kaum, dass die AfD vom Anfang ihres Bestehens Unterstützung neurechter Medien wie der Jungen Freiheit, der Sezession oder der Blauen Narzisse erhielt, die unter Bezug auf diese Traditionen ähnliche politische Standpunkte propagieren (Häusler 2014, S. 90 ff.).

Wechselt man vom Begriff des Volkes zur Konzeption der Gesellschaft, fällt in der AfD ein weiteres klassisches konservatives Element politischen Denkens auf: Die *Familie* gilt ihr als „Keimzelle der Gesellschaft“ (AfD-Programm). Diese Familie als Ordnungsfigur lässt sich aus zwei Lagern begründen, die die ideologischen Strömungen der Partei ganz wesentlich beeinflussen, *Christen* und *Ordoliberalen*.⁴ Überraschend ist die Verschmelzung von christlich-konservativen Werten mit ordoliberalen Positionen in der AfD nicht. Schließlich liegen den Vorstellungswelten ökonomischer Vordenker starke konservative Elemente zugrunde (Greiffenhagen 1971, S. 306). Die Familie ist deswegen wichtig, da „Christen und Ordo-Liberale [...] das Bemühen um eine natürlich-hierarchische Gliederung der Gesellschaft“ (Grebing 1971, S. 49) eint. In engster Verbindung mit der Familie steht dabei das *Subsidiaritätsprinzip* als „Bau- und Ordnungsgesetz der menschlichen Gesellschaft“, das das Eigengewicht der kleinen Gemeinschaften als Gegengewicht gegen das Ordnungsmonopol des Staates stärken soll.“ (ebd.) Tatsächlich nimmt dieses Prinzip in der AfD eine zentrale Stellung ein, im Europaprogramm forderte sie sogar, einen „Subsidiaritätsgerichtshof“ einzuführen (S. 9).

Die Familie und das Subsidiaritätsprinzip sind in vielen politischen Spielarten zentrale ideelle Bezugspunkte. Beide Elemente lassen sich allerdings leicht zu antimodernen Ordnungsvorstellungen verbinden. Nach Grebing lässt sich durch ihre Kombination ein auf Gleichberechtigung und Teilhabe abzielendes „Demokratisierungsverlangen“ (Ebd., S. 50) abwehren. „[E]ine durch das Subsidiaritätsprinzip

² Vgl. o. V. (o. D.) Beschluss zur endgültigen Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Online: <http://www.alternativefuer.de/beschluss-zur-endgueltigen-einfuehrung-der-doppelten-staatsbuergerschaft/> (1.10.2014).

³ Großheim nimmt die Unterscheidung des Volks in *demos*, das Volk in einem Staat, die Staatsbürger, und *ethnos*, das wesensmäßig und identitär geschlossene Volk vor (2013, S. 179).

⁴ Zu letzteren die Kap. 2.2, 2.3 und 5.

gezügelter Demokratie darf die natürliche innere Ordnung der Lebensformen der menschlichen Gesellschaft [...] nicht tangieren. Urzelle und Leitbild für alle ihr nachfolgenden Gemeinschaften ist die Familie, alle echten Gemeinschaften, so heißt es, sind analog der Familie strukturiert, organische Entfaltung der Urfamilie.“ (Grebing 1971, S. 50).

In der AfD finden sich etliche Hinweise darauf, dass sie exakt ein solches organisches Gesellschaftsbild propagieren möchte. *Zunächst* sieht man dies dort, wo es explizit um die Familie geht. Das Familienbild der AfD besteht aus Mutter, Vater und mehreren Kindern. Explizit wird dies bei der sächsischen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry im dortigen Wahlkampf. „Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen“, erklärte sie. Wünschenswert sei daher, dass eine normale deutsche Familie drei Kinder habe, bekräftigte Petry die Position ihrer Partei“ (Petry nach Ewert 21.08.2014). An dieser Stelle sieht man, dass sich die geschilderten Bestandteile des Konservatismus in der AfD tatsächlich im Sinne einer organischen Gesellschaftsvorstellung miteinander verbinden. Die Familie wird hier aber nicht nur als ordnungsbildende Leitfigur benutzt, sondern verkoppelt sich mit dem oben ausgeführten *ethnizistischen Volksverständnis*: Schließlich würde das „deutsche Volk“ verschwinden, wenn sich „normale deutsche Familien“ nicht ausreichend vermehren.

Es ist eindeutig, dass Petry hier nach dem Muster Thilo Sarrazins vor einer abnehmenden gebildeten autochthonen deutschen Bevölkerung warnt, deren Schrumpfen Deutschland „abschaffe“. Da bildungsferne Schichten und die Gruppe der Immigranten muslimischen Glaubens höhere Geburtenraten aufweisen als solche aus der bildungsbürgerlichen Mitte, komme es zur Verfestigung der sogenannten „Unterschicht“. Die höheren Geburtenraten gering gebildeter oder Muslime „wäre[n] weniger schlimm, wenn nicht gleichzeitig die deutsche Bevölkerung mit mittlerer und hoher Bildung in jeder Generation um ein Drittel schrumpfen [...] würde.“ (Sarrazin 2010, S. 372). All dies verdichtet sich bei Sarrazin im Szenario des schleichenden Untergangs. „Es [Deutschland] vergeht still mit den Deutschen und mit der demographisch bedingten Auszehrung ihres intellektuellen Potentials.“ (Ebd., S. 393). Sarrazin rät – wie Petry – zum Ausgleich der Entwicklungen an, autochthone deutsche Familien aus der bürgerlichen Mitte zu fördern (Ebd., S. 378–390). Darüber hinaus müsse die Zuwanderung nach Deutschland streng von der Qualifikation zukünftiger Immigranten abhängig gemacht werden (Vgl. ebd., S. 338 f.).

Exakt dieses integrationspolitische Argument findet sich auch in den Leitlinien der AfD. Die Partei fordert eine Neuordnung des Einwanderungsgesetzes „nach kanadischem Vorbild“: „Deutschland braucht qualifizierte und integrationswillige

Zuwanderung. [...] Eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden.“ Das kanadische Modell der Zuwanderung beruht auf *Nützlichkeitsüberlegungen*. Anhand von Punktesystemen wird die Zuwanderung einerseits von der Qualifikation der Immigranten, andererseits von der Nachfrage am Arbeitsmarkt abhängig gemacht. Menschen werden hier entlang eines ökonomisch definierten Standards in „Nützliche“ und „Nutzlose“ sortier[t].“ (Thieme 2013, S. 76). Die typischen Feindbilder sind: „Die ‚nutzlosen‘ Einwanderer, die im Grunde nur nach den Früchten unseres Sozialsystems trachten. Und ganz allgemein natürlich das Bild des arbeitsscheuen Menschen, der das Sozialsystem betrügt, wo es nur geht.“ (Ebd.) So sind es laut Bernd Lucke etwa die Einwanderer aus Südosteuropa, die in Deutschland schließlich einen „sozialen Bodensatz [bilden], der lebenslang in unseren Sozialsystemen verharrt“ (Schneider 13.9.2013).

Das positive Gegenbild bildet eine *Leistungsgesellschaft*, die sich wiederum über das Subsidiaritätsprinzip sowohl aus christlich-konservativen wie ordoliberalen Standpunkten rechtfertigen lässt (Grebing 1971, S. 49). Dies ist der *zweite* Punkt. Wortmeldungen wichtiger Unterstützer der Partei sind bezeichnend, sie entwickelten unterschiedliche Konzepte, mit denen „das allgemeine Wahlrecht zugunsten des gut verdienenden Mittelstandes aufgelöst werden soll.“ (Kemper 2013, S. 49 ff.). Vorstandsmitglied Konrad Adam forderte vor wenigen Jahren die Abschaffung des Wahlrechts für Arbeitslose, der Wirtschaftsprofessor Roland Vaubel den Schutz der Leistungseliten über ein Zweikammersystem, das nicht mit einem freien und gleichen Wahlrecht vereinbar wäre (Ebd., S. 61 f.; Häusler 2013, S. 37).

Explizit wird der Konnex von leistungsgesellschaftlicher Ordnung und Subsidiarität in den Programmen. Etwa dort, wo die AfD eine EU einfordert, „die auf Subsidiarität statt auf Zentralismus und auf Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung setzt.“ (Europaprogramm, S. 2). Aber auch an anderen Stellen wird leistungsgesellschaftlichen Konzepten auf schein-natürlicher Grundlage Vorrang gewährt. Etwa dort, wo die Partei Gleichstellungsprogramme in Form von Frauenquoten ablehnt. „In der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen im Grundsatz die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben.“ (Ebd., S. 18).

An dieser Stelle muss man jedoch einen Schritt zurücktreten. Auch wenn es in der AfD deutlicher und zugespitzter als in anderen Parteien geschieht, artikuliert sie mit diesen Konzepten Überlegungen, die ebenso die Unionsparteien, mit Abstrichen auch die SPD, vor allem aber natürlich die sieche FDP vertreten. Tatsächlich pochten Teile des bürgerlichen Spektrums in den zurückliegenden Jahren deutlich auf eine Befolgung marktwirtschaftlicher Prinzipien und betonten die Relevanz „wertebasierter“ konservativer Politik. Es ist jenes Begehren, das die „Alternative“ bedient.

In einem *dritten* Punkt unterscheidet sich die junge Partei jedoch markant von diesen politischen Mitbewerbern. Denn sie bringt viel weniger Toleranz gegenüber Lebensentwürfen auf, die von dem Ideal der Familie abweichen. Führende Repräsentanten der Partei äußern sich deutlich abfällig gegenüber Homosexuellen. So hätte Ex-Fußballer Thomas Hitzlsperger sein „Outing“ durch ein Bekenntnis zur Familie ergänzen sollen (Lucke nach Bender 11.1.2014). In den Abhandlungen des Soziologen Andreas Kemper finden sich weitere Beispiele, in dem er auf den von der AfD benutzten Begriff der *Homolobby* rekurriert. Kemper kommt zu dem Schluss, dass die Mitglieder der AfD, die traditionelle Familie durch eine machtvoll, mit den Medien verbandelte „Homolobby“ bedroht sähen (2014, S. 31).

Es passt dazu, dass sich die Partei explizit gegen Versuche einer Gleichstellung der Geschlechter mittels Gender Mainstreaming richtet – dieses ziele „auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten“ (Europaprogramm, S. 18). Die AfD möchte traditionelle Identitäten fördern: „Gleichberechtigung der Geschlechter“ sei „unter Anerkennung ihrer unterschiedlichen Identitäten, sozialen Rollen und Lebenssituationen“ (ebd.) durchzusetzen. Mit anderen Worten seien soziale Rollen und Positionen auf einer – sozialwissenschaftlich bekanntlich hoch umstrittenen – biologischen Grundlage fest zu schreiben. Insbesondere die politische Jugendorganisation der AfD, die „Junge Alternative“ (JA), stellt sich in diesem Sinne kontrovers als antifeministische Kraft dar und deutete Versuche zur Gleichberechtigung der Geschlechter als „Gleichmacherei“ (insgesamt: Kemper 2014; Oestreich 21.4.2014). Auch auf AfD-Parteitagen entfacht diese Thematik starke emotionale Wallungen. Applaus brandet auf, wenn Begriffe wie „Hypersexualisierung der Kinder“ fallen. Es verwundert nicht, dass die AfD Demonstrationen der Initiative „Demo für alle“ unterstützt, die unter dem Motto „Ehe und Familie vor! Stoppt Gender Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder“ stehen. Teile der AfD, als Aushängeschild dient hier vor allem Beatrix von Storch (Kap. 3.4), betätigen sich zudem in der unübersichtlichen Bewegung der „Lebensschützer“, die Abtreibungen, selbst im Falle einer Vergewaltigung, verbieten möchte (Hunger et al. 23.8.2014).

Abschließend: Es ist völlig unstrittig, dass etwa in der Betonung eines identitäts verstandenen Volks- und Souveränitätskonzepts Berührungspunkte mit dem Rechtsextremismus liegen (Häusler 2013, S. 13 ff.). Das mantrenhafte Bekenntnis der AfD, Rechtsextremen keine Anknüpfungspunkte zu liefern, klingt bereits aus diesem Punkt unglaubwürdig. Und dennoch wäre es unpräzise, all diese Standpunkte per se als rechtspopulistisch einzustufen. Vielmehr entstammen sie zunächst „nur“ dem Reich konservativer Vorstellungswelten. Allerdings muss hier eine Qualifizierung vorgenommen werden: Betrachtet man nämlich gesellschaftlich weithin akzeptierte Verhaltensweisen und Rollenmuster im Jahr 2014, wird

deutlich, dass die „Alternative“ überwundene Ideale propagiert. Die geschilderten konservativen Leitfiguren der AfD beschwören einen „status quo ante“, vergangene Zeiten also. Es ist deshalb zutreffender, die konservativen politischen Inhalte der AfD als *restaurativ* oder *reaktionär* einzuordnen (Greiffenhagen 1971, S. 28 ff.; von Beyme 2013, S. 15 f.).

2.2 Neoliberalismus: „Für ein Europa des Wettbewerbs“

Angesichts einer wahrgenommenen Übermacht konservativer Positionen in der AfD fragte sich im März 2014 der bekennend schwule ehemalige Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Alexander Dilger, ob überhaupt noch Platz für Liberale in der AfD bleibe. Tatsächlich beschränken sich liberale Positionen in der AfD, jenseits von Selbstverständlichkeiten wie Gewaltenteilung und Presse- wie Meinungsfreiheit, auf *neoliberale Wirtschaftsstandpunkte*. Selbst die größte liberale Plattform der AfD „KOLIBRI“⁵ setzt modernen Liberalismus als (negative) Freiheit von Zwang und betont, „liberal zu sein[, bedeute] heute oft auch konservativ zu sein“.

Diese neoliberale Stoßrichtung ergibt sich zu einem guten Teil durch den Einfluss einer großen Zahl von Ökonomen, die die AfD seit ihrer Gründung unterstützen (s. Kap. 3). Frühere Untersuchungen des Autors ergaben, dass diese vor allem einen spezifischen Teil des Neoliberalismus, den deutschen Ordoliberalismus, vertreten (Vgl. Bebnowski und Förster 2014).

Wie oben gezeigt wurde, liegen diesem konservativen Gesellschaftsbilder zugrunde. Deutlich wird dies gerade an der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards, zu der sich auch die AfD bekennt.⁶ Es ist ein Missverständnis, das Attribut „sozial“ als Ausweis der Besonnenheit des Ordoliberalismus anzusehen. „Angesprochen ist mit ‚sozial‘ [...] das Erfordernis des gesellschaftlichen Konsenses auf Grundlage konservativer Werte (oder ‚sittlicher Reserven‘, wie Röpke dies nennt), damit die Marktwirtschaft reibungslos funktioniert [...]“ (Schui et al. 1997, S. 81).⁷

⁵ Konservative und Liberale in der AfD.

⁶ <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/fragen-und-antworten/zu-wirtschaftspolitik-und-ttip/>

⁷ Erhellend sind hierzu auch die Ausführungen vom Vorsitzenden der Hayek-Gesellschaft, Gerd Habermann. Er betont das Ideal einer „Ownership Society“, die sich nach und nach durch Eigentums- und Vermögensbildung von den Sozialprothesen der Bismarck-Zeit verabschieden kann. [...] Erhards [...] Kanzlerschaft war zu kurz, um in einer ‚zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft‘ auch im Sozialbereich Planwirtschaft und Bevormundung zu überwinden.“ (Habermann 2011, S. 186 f.).

Foucault betrachtet Wirtschaft und Politik im Ordoliberalismus als miteinander verflochten, stellt als sein politisches Kernanliegen jedoch heraus: „[E]s soll sich vielmehr um einen Staat unter der Aufsicht des Marktes handeln als um einen Markt unter der Aufsicht des Staats.“ (2004, S. 168). Ermöglicht werden soll eine Wettbewerbsmarktwirtschaft, „die von einem sozialen Interventionismus begleitet wird, der seinerseits eine institutionelle Erneuerung im Umfeld der Neubewertung der Einheit ‚Unternehmen‘ als eines grundlegenden Wirtschaftsakteurs impliziert.“ (Foucault 2004 zit. n. Hesse 2006).

Für die politische Praxis bedeutet dies, dass sich Politik und Wirtschaft in einem Arrangement begegnen, welches über einen gesetzlichen Ordnungsrahmen fixiert wird, der klare Grenzen zwischen beide Sphären zieht. Entscheidend ist, dass sich politische Lösungsszenarien stark auf marktwirtschaftliche Prinzipien stützen und diesen prinzipiell Vorrang vor politischen Steuerungsüberlegungen gewähren.

Es wäre jedoch falsch, das ordoliberale Leitbild mit dem utopischen Ideal eines „Minimalstaats“ (Habermann 2011, S. 142) zu verwechseln. Der Staat muss politischen Einfluss auf das Marktgeschehen haben. Entscheidend ist dabei, dass die Ordnungsrahmen ultimativ bindende gesetzliche Handlungsgrenzen schaffen. Die Politik trägt also vor allem dafür Sorge, dass die Wettbewerbsprinzipien gewahrt bleiben. Hierfür braucht es sogar einen starken Staat, besteht doch die Gefahr, dass die vereinbarten Rahmenrichtlinien der „Wettbewerbsmarktwirtschaft“ durch machtvolle Monopolisten – Banken, die Exportindustrie – oder Lobbys korrumpiert werden. „Banken sollten nicht länger auf Grund ihrer Größe ihre angebliche Systemrelevanz zur Erpressung von Regierungen und Steuerzahlern verwenden können“ (Europawahlprogramm, S. 7).⁸

Wenn die AfD beklagt, dass Banken gerettet und deutsche Autobauer subventioniert werden, liegt hierin nur eine Scheinübereinstimmung mit kapitalismuskritischen Positionen. Die Kritik der AfD fußt gerade auf kapitalistischen Wettbewerbsprinzipien und ist wirtschaftsliberal motiviert. Der biographisch eher links zu verortende Wolfgang Streeck, der ebenfalls eine Auflösung der Währungsunion forderte, begreift diese als ein *Mittel*, um Marktkräfte *einzuschränken* und artikuliert die Hoffnung einer „Entschleunigung der rasch voranschreitenden kapitalistischen Landnahme.“ (Streeck 2013a, S. 255). Für die AfD hingegen wäre die Auflösung der Währungsunion nicht nur ein *Resultat* des ökonomischen Wettbewerbs, sondern auch ein *Mittel zu dessen Intensivierung*.

Aus diesem Verständnis heraus wird auch das Hauptproblem der Eurozone ersichtlich: Es liegt für die AfD darin, dass die Politiker der Eurozone infolge der ungleichen Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen zu

⁸ In dieser kräftigen Monopolkritik weist die AfD erhebliche Schnittmengen mit der britischen neoliberal-rechtspopulistischen UKIP auf (Michelsen 2014, S. 26).

Rettungsmaßnahmen greifen, die mit dem Prinzip der Sphärentrennung und einer Gleichbehandlung der beteiligten Akteure brechen. Deshalb auch die Empörung, die von den Ökonomen in der AfD am Nichtbefolgen der „no-bail-out-clause“ des Maastrichter Vertrages geübt wird (Henkel 2012; Starbatty 2013; Vaubel 2012, S. 84 f.). Ein Abrücken von vertraglich fixierten Prinzipien ist ein Verstoß gegen den wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen der Wettbewerbsmarktwirtschaft und wird entsprechend als massiver Rechtsbruch gebrandmarkt: „Wir treten ja nicht für unsere eigenen Interessen an, sondern für die Sicherung der Grundrechte.“ (Starbatty nach Schömann-Finck 9.9.2013). Aufgrund einer wirtschaftspolitischen Doktrin tritt die AfD für ein subsidiär verfasstes „Europa des Wettbewerbs ein“ (Europaprogramm, S. 2).

2.3 Populisten – Chiffren für Mitte und „Rechtsaußen“

Wer über Rechtspopulismus berichtet, sieht sich mit dem Dilemma konfrontiert, dass es keineswegs eindeutig ist, was als rechtspopulistisch gilt und was nicht. Ohne den spezifischen gesellschaftlichen Kontext in die Erklärung einzubeziehen, kann man kaum Aussagen über Populismen treffen (Priester 2012a, S. 33). Ein Wesensmerkmal jedes Populismus ist dennoch, *erstens*, die Beschwörung eines Gegensatzes zwischen korrupter Elite und gemeinem Volk. Zwangsläufig entsteht hieraus eine „Anti-Establishment-Orientierung“ (Decker 2011, S. 40, ähnlich: Holtmann et al. 2006, S. 45; Priester 2012b, S. 4 ff.; Micus 2014).

Dieses Merkmal ist bei der AfD nicht nur durch den Verweis auf die „Altparteien“⁹ sehr augenfällig. Jene Beschwörung einer Polarität zwischen Volk und Elite transportiert die Vorstellung eines Volks als schweigende Mehrheit in Form einer uniformen tugendhaften Masse (Mudde 2004, S. 545). Auffällig an dieser Vorstellung eines *heartland* (Taggart) ist vor allem im rechten Populismus, dass die Demokratie bejaht, abseits rhetorischer Beschwörungen jedoch kein gesteigerter Wert auf Partizipation, sondern auf Führung gelegt wird. „What the populist supporter wants is the problems of the ‚common man‘ to be solved, according to their own values ([...] ‚common sense‘), and they accept that this will have to be done by a remarkable leader“ (Ebd., S. 560). Die populistische Vernunft des „common man“ funktioniert dabei weniger forschend denn umstürzend – sie geht den Dingen nicht auf den Grund, sondern möchte die Situation verändern: „I don’t know what’s going on, I just know I’ve had enough of it!“ (Žižek 2008, S. 282).

⁹ Dies übrigens eine zuerst vom österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider benutzte Vokabel.

Kaum ein rhetorisches Muster ist in der AfD deutlicher zu beobachten als dieses. Man sollte sich hier an das eingangs aufgeführte Motto der AfD – Mut zur Wahrheit – erinnern. Es adelt in Verbindung mit dem sprichwörtlichen „gesunden Menschenverstand“, von dem in der Partei allerorts die Rede ist, die Meinung des kleinen Mannes – eben jenen „common sense“ – zum entscheidenden Gradmesser kluger Politik. *Es geht nicht darum, die Gründe für die politische Lage aufzuspüren, sondern die Lage im Sinne der persönlichen Wahrheit umzugestalten.* Gerade deswegen setzen Rechtspopulisten, auch die AfD, so häufig auf Volksentscheide. So ließe sich der „common sense“ ungebremst in die Politik überführen und die herrschende Elite zugunsten des „common man“ entmachten (Mudde 2004, S. 559).

Bernd Lucke ist für die umstürzlerischen Wünsche eine geeignete Führungsfigur und Projektionsfläche. Gerade in einer krisenhaften Ökonomie ist er – wie die gesamte Partei – eine naheliegende Wahl. Wem anders als einem Ökonomen, ja, einer ganzen Partei voller Ökonomen, sollte man in anhaltenden währungspolitischen Turbulenzen vertrauen? Interessanterweise lässt sich gerade über das Arkanwissen der Ökonomie auch die Polarität Volk versus Elite unterstreichen. Das Bild: Eine homogene politische Klasse, die keine Ahnung von der Ökonomie hat, wie die AfD-Spitzen maliziös betonen, steht einem Volk gegenüber, dass unter dieser Ahnungslosigkeit leidet, weshalb die AfD mit ihrer Expertise zwingend als Retter gebraucht wird. Eine derartige Argumentationsstrategie kann man als „antipolitisch“ beschreiben. Besonders glaubwürdig ist sie, wenn sie von politischen Outsidern – es sind Ökonomen nicht (Berufs)Politiker – vorgebracht wird (Schedler 1996, S. 293 ff., Diehl 2011).

Durch das Insistieren auf der ökonomischen Rationalität entsteht dabei eine Art populistisches Perpetuum Mobile: Die ökonomischen Lösungsmuster werden schlicht als unideologische *Wahrheiten* des „common sense“ gesetzt. So reproduziert sich eine Frontstellung zu den verantwortlichen Politikern, die der ökonomischen Stringenz nicht vollständig folgen dürfen (Bebnowski 2013a, S. 156 ff.). Als antipolitischer, ökonomisch argumentierender Outsider immunisiert sich die AfD hierdurch mit einer nur schwer zu umgehenden Falle: Jeder Angriff, der ihre vermeintlichen Wahrheiten infrage stellt, ruft wie in einer Verschwörungstheorie das Gespenst eines Kartells politischer Gegner hervor, das sich gegen die Partei verbündet. Kritik wird so als Teil des großen Meinungskartells uniformer „linker“ Eliten in Medien und Politik, als „Tugendterror“ (Sarrazin), entsorgt. In dieser Opferrolle festigt die AfD ihren Nimbus als gallisches Dorf, das den Angriffen der politischen Übermacht trotzt (Vgl. Bebnowski 2013b).

Der *zweite* wichtige Aspekt des Populismus ist schließlich, dass Populisten nach dem Muster „einer ‚umgekehrten Psychoanalyse‘ [verfahren]. Populisten lö-

sen Probleme also nicht, sie verschärfen sie nur, sie kurieren Ressentiments nicht, indem sie diese thematisieren, sondern beuten sie aus, radikalisieren sie.“ (Micus 2014, S. 14). *Rechts* wird dieser Populismus, wenn die eigene Position identitätspolitisch durch eine „kulturelle Abwertung der ‚Anderen‘“ (Priester 2012b, S. 6) unterstrichen wird. Es ist eines der Hauptwesensmerkmale des Rechtspopulismus, dass dieser stets damit argumentiert, dass störende Elemente, Eindringlinge, kurz, das Andere, eine grundsätzlich funktionierende Ordnung korrumpieren würden. „[P]opulism remains a version of the politics of fear: it mobilizes the crowd by invoking the fear of the corrupt intruder.“ (Žižek 2008, S. 304).

Interessant ist im Fall der AfD jedoch, dass sie hierbei in weiten Teilen auch ohne die in der Einleitung angesprochenen Ausfälligkeiten auskommt. Der Populismus der AfD funktioniert häufig subtiler. Gezeigt werden kann dies beispielhaft an der oben angedeuteten leistungsgesellschaftlichen Logik ökonomischer Konkurrenz und den Leitbildern des Neoliberalismus. Bereits durch ein Bemühen der Wettbewerbslogik lassen sich Ängste schüren und sind Abwertungen des Anderen zu erreichen. Dieser Populismus kann als *Wettbewerbspopulismus* bezeichnet werden (Bebnowski und Förster 2014). Diese Färbung mag angesichts der deutlicher werdenden reaktionären politischen Inhalte nicht mehr ausreichen, um die Partei zu vermessen. Dennoch zeigt sie, wie sich ein Ressentiment bedienen lässt, ohne den offenen Tabubruch zu begehen.

Deutlich wird dies bereits in der Vision einer Trennung der Eurozone, die der wirtschaftlichen Stärke der jeweiligen Regionen entspricht. „Die Einheitswährung hat dazu geführt, dass der Euro für den Süden Europas sowie für Frankreich *überbewertet* ist. [...] Für Deutschland ist der Euro dagegen *unterbewertet*. [...] Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuscheiden. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen.“ (Europaprogramm, S. 4 f.).

In dieser Passage wird über die ökonomische Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Volkswirtschaften eine Hierarchisierung vorgenommen. Deutschland fungiert als Vorbild, nach dem sich andere Staaten – die derzeit nicht können oder, schlimmer, nicht *wollen* – ausrichten müssen. Mit diesem Mechanismus werden kulturelle Überlegenheitsgefühle mit ökonomischen Ergebnissen gepaart, lässt sich eine deutsche Überlegenheit konstruieren. Man muss an dieser Stelle an das oben ausgeführte ethnozentristische Volksverständnis erinnern, ein solches liegt auch den ökonomischen Argumentationen der AfD zugrunde. Der entscheidende Punkt ist, dass ökonomische Ungleichheiten auf essentialistische kulturelle Eigenarten der Staaten und deren Bevölkerung, gewissermaßen den „Volkscharakter“, verweisen.

Ähnliches findet sich etwa auch in Äußerungen der ökonomischen Unterstützer der Partei. „[D]as einzige, postosmanische Land, das erfolgreich ist, [ist] die Türkei [...], weil sie preußisch reformiert worden ist“ (N. N. zitiert nach: Bebnowski und Förster 2014, S. 17). Vergleichbare Schlüsse zieht auch Hans-Olaf Henkel in seinen Büchern. Er beschreibt eine als schmerzhaft empfundene wirtschaftliche Unterlegenheit Frankreichs gegenüber Deutschland. Die Franzosen wollen sich ihrer mit den aus seiner Sicht unlauteren Mitteln des Euro oder einer zentralen Wirtschaftsregierung entledigen (Henkel 2012, S. 188 f.). Sein Vorschlag der Trennung der Eurozone in einen „harten“ Nordeuro und einen „weichen“ Südeuro spiegele hingegen „die Mentalitätsunterschiede der betroffenen Länder wieder“ (Henkel 2012, S. 26). Ähnliche kulturalisierende Stereotype bedienen Joachim Starbatty mit einem Made-in-Germany-Patriotismus (2013, S. 242) oder der die AfD unterstützende Ökonom Charles Blankart, der „Investitionsstaaten“ von „Konsumstaaten“, die dem Verbrauch frönen und auf Pump leben“ (2012, S. 291), trennt. Die psychologischen Affekte, die aus der Logik wirtschaftlicher Ungleichgewichte in einer Währungsunion entstehen (Mundell 1961), werden von der AfD durch die kühle ökonomische Rationalität ins Ressentiment gesteigert: „Die finanziellen Folgen im Süden der Eurozone müssen nun deutsche Steuerzahler tragen“ (AfD Europa-programm, S. 4).

Darüber hinaus können sich mit den Leitbildern des ordoliberalen Neoliberalismus auch die sprichwörtlichen kleinen Leute „abgeholt“ werden. Schließlich gilt in seiner Vorstellungswelt, dass ein funktionierender Wettbewerb möglich wäre – würde der Staat nur die richtigen Rahmenrichtlinien durchsetzen. Zwangsläufig sind die Idealfiguren eben nicht die „Tycoons“, Manager und Spekulanten, sondern „rechenhafte, berechnende, rechtschaffene und strebsame Kleinbürger.“ (Schui et al. 1997, S. 15). Die AfD erhebt in ihrem harten marktwirtschaftlichen Programmes keinen Vertretungsanspruch der Großindustrie oder anderer wirtschaftlicher Monopolisten. Sie bedient andere Kapitalfraktionen, spricht auch hier eher den „kleinen Mann“, den zum Stereotyp gewordenen wirtschaftlichen Mittelstand und die kleinen Betriebe an.

Die AfD ist eine populistische Partei. Fraglos ist dieser Populismus offen nach rechts. Dennoch balanciert die Partei auf der Grenze zum Tabubruch. Dies gelingt, weil ihr Populismus über Chiffren funktioniert. *Hierin* liegt sein Spezifikum.

Es existieren gewissermaßen zwei Lesarten für dieselbe Äußerung. Wenn die AfD auf die genannten konservativen und neoliberalen Bruchstücke zurückgreift, verursachen diese für sich betrachtet nur wenig Aufregung. So lässt sich an den Schlagworten Familie, Subsidiarität und Souveränität zunächst nur wenig Anstoß nehmen. Diese offizielle Seite stellen die AfD-Vertreter heraus. Bemüht man eine kontextuelle Lesart, wird jedoch deutlich, dass ein Schlagwort wie Familie in Ver-

bindung mit der Nennung der Nation einen ganzen Strauß an völkischen Assoziationen nach sich ziehen kann. Deutlich wird dies auch am Beispiel des Volksentscheids – so warb die AfD kurz nach dem Schweizer Referendum zur Begrenzung der Zuwanderung – mit dem Slogan „Die Schweiz ist für Volksentscheide – wir auch.“

Die AfD benutzt die einzelnen ideologischen Bruchstücke also einerseits, um Traditionsthemen der bürgerlichen Mitte zu artikulieren. Andererseits setzt die Partei sie dazu ein, um Zutritt zum brach liegenden Potential am rechten Rand der bürgerlichen Mitte zu erlangen. Diese Signale werden dort verstanden.

Die Alternative für Deutschland
Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer
rechten populistischen Partei

Bebnowski, D.

2015, VII, 46 S. 3 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-08285-7